

mitarbeiten 03/2009

Informationen der Stiftung MITARBEIT

Das Informationsangebot der Stiftung MITARBEIT im Internet: www.buergergesellschaft.de und www.mitarbeit.de G12970

Beteiligungs- und Engagementförderung in der lokalen Demokratie

Kommune gemeinsam gestalten

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das »Nationale Forum für Engagement und Partizipation« eingerichtet. Das Gremium begleitet die Bundesregierung über die aktuelle Legislaturperiode hinaus bei der Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie. Über 300 Expertinnen und Experten aus Politik und Bürgergesellschaft, aus Kirche, Wirtschaft und Wissenschaft haben dazu in den letzten Wochen erste Eckpunkte einer engagementpolitischen Agenda erarbeitet. Die Stiftung MITARBEIT hat an verschiedenen Stellen an der Formulierung der Agenda mitgewirkt. Das Ziel: die Beteiligungs- und Engagementförderung in der lokalen Demokratie zu stärken.

In den vergangenen Jahren hat sich mit der Engagementpolitik ein Politikfeld etabliert, das gemeinhin als Querschnittsaufgabe verschiedener Ressorts und Akteure verstanden wird. Themen der Zivilgesellschaft und Fragen des bürgerschaftlichen Engagements sind in der Folge dieser Entwicklung im politischen Alltagsgeschäft mittlerweile robust verankert und haben gleichzeitig in der politischen

Auseinandersetzung an Bedeutung gewonnen. Gleichwohl wird in den Diskussionen die demokratiepolitische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements allzu häufig vernachlässigt. Im Kern geht es um die Frage, inwieweit die repräsentative Demokratie durch beteiligungsorientierte Formen von Engagement belebt und ergänzt werden kann. Wie kann es gelingen, dass Bürgerbeteiligung als Teil selbstverständ-

licher Alltagskultur in Bund, Ländern und Kommunen, aber auch in Einrichtungen und Trägerstrukturen des Engagements wirksam ausgebaut und institutionalisiert werden kann?

Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung MITARBEIT im Vorfeld des Nationalen Forums ein Konzept entwickelt, das einen besonderen Schwerpunkt auf die nachhaltige Förderung der lokalen Demokratie und ihrer unterschiedlichen Akteure legt. Unter dem Motto »Kommune gemeinsam gestalten« zielt das Konzept darauf ab, die Autonomie der lokalen Bürgergesellschaft zu stärken und die kommunalen Verantwortungsträger/innen zu ermutigen, mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung in der Kommune zu verwirklichen.

Zur Realisierung dieser Zielsetzung ist die Förderung von drei zentralen Handlungsbereichen nötig, die in der Praxis eng miteinander verknüpft sind: erstens die Förderung der bürgerschaftlichen und beteiligungsorientierten Aktivitäten, die auf eine zukunftsfähige Kommune zielen; zweitens eine fundierte Unterstützung der Kommunen bei der professionellen Förderung von Engagement und Beteiligung in den Gemeinden, Städten und Stadtteilen im Sinne einer bürgerorientierten Kommune; drittens die Unterstützung der akteursübergreifenden Kooperationen und Netzwerke, die das Bindeglied zwischen den verschiedenen Aktivitäten von Zivilgesellschaft, Kommunalverwaltung und -politik sowie lokaler Wirtschaft darstellen.

Innerhalb dieser drei Handlungsbereiche existieren unterschiedliche Fördererelemente, die wesentliche Bausteine auf dem Weg hin zur Verwirklichung von Bürgerorientierung, Engagementförderung und Beteiligung



Foto: BBE

Dialogforum beim »Nationalen Forum für Engagement und Partizipation« in Berlin



(Fortsetzung von Seite 1)

Kommunen ...

in den Kommunen markieren. Zur Beratung und Qualifizierung der zivilgesellschaftlichen Akteure schlägt das Konzept beispielsweise die Einrichtung von Bürgerbeteiligungsbüros vor. Aufgabe dieser lokalen oder regionalen Anlaufstellen ist es, aktive Bürgerinnen und Bürger vor Ort schnell und unbürokratisch zu unterstützen. Um Ressourcen sinnvoll einzusetzen, könnten diese Bürgerbeteiligungsbüros an bestehende Einrichtungen und Strukturen wie Bürgerstiftungen oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen angegliedert sein.

Um die Förderung des Austauschs und der Zusammenarbeit von Bürgergesellschaft, Kommunalpolitik, Verwaltung und lokaler Wirtschaft zu verbessern, schlägt die Stiftung MITARBEIT vor, im Rahmen eines verbindlichen kommunalen Engagement-Plans (KEP) Beteiligungs- und Dialogplattformen auf kommunaler Ebene einzurichten und zu etablieren. Diese bündeln und dokumentieren alle relevanten Informationen, Angebote und Ansprechpersonen zu kommunalen Planungs- und Beteiligungsvorhaben und machen so den Stand von Beteiligungsprozessen und -verfahren für alle Beteiligten transparent.

Zur Finanzierung der skizzierten Maßnahmen sieht das Konzept die Einrichtung eines Beteiligungsfonds vor, der in einen Kommunalfonds und einen Bürgerfonds gegliedert ist und sich aus öffentlichen Zuwendungen sowie Mitteln von Unternehmen und Stiftungen speist. Dieses Finanzierungsmodell steht sowohl Kommunen und lokaler Wirtschaft als auch zivilgesellschaftlichen Gruppen vor Ort zur Verfügung. Mit Hilfe der Gelder werden alle (kommunalen) Maßnahmen unterstützt, die die Beteiligung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune voranbringen.

Das vollständige Konzept-Papier »Kommune gemeinsam gestalten« kann in der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden. Der Zwischenbericht des »Nationalen Forums für Engagement und Partizipation« steht unter www.b-b-e.de/index.php?id=14409 zum Abruf bereit.

Praxishilfe für gute Texte

Klare Worte für Verein & Co.

Vereine und Verbände präsentieren ihre Arbeit alltäglich in Berichten, Pressemeldungen, Anträgen und sonstigen Texten. Nicht selten entscheiden die Lesenden darüber, wie erfolgreich die beschriebene Arbeit ist oder ob ein Förderantrag bewilligt wird. Der Ratgeber, der nun in 2. Auflage vorliegt, vermittelt Leitlinien für gute Texte im Non-Profit-Alltag.

Je formeller und wichtiger der Anlass, desto schwerer kann es sein, das Wesentliche im richtigen Ton zu Papier zu bringen. Nur wenigen fließt dies einfach aus der Feder. Die meisten Menschen stellen sich die gleichen Fragen:

- Wie können wir unsere Arbeit auch in sachlichen Texten überzeugend und ansprechend darstellen?
- Was gehört in welchen Text hinein? Wie viel Fachsprache verträgt er und wie alltäglich darf die Wortwahl sein?
- Was macht auch Kompliziertes leicht verständlich, ohne banal zu klingen?
- Wie formulieren wir klar und gut, was wir täglich alles leisten?

Der Ratgeber zeigt, wie sich die eigene Arbeit mit klaren Worten informativ, sympathisch und überzeugend darstellen lässt. Er beschreibt den Weg zum Text, gibt

Hilfen, die den Schreibprozess erleichtern, vermittelt die wichtigsten »Leitlinien für starke Worte« und widmet sich einigen Spezialitäten typischer Non-Profit-Texte.

Weyers, Dorle: Klare Worte für Verein & Co. Besser schreiben – mehr bewirken. Arbeits-hilfen Nr. 34, Verlag

Stiftung MITARBEIT, Bonn 2009 (2. Auflage), 96 S., ISBN 978-3-928053-90-7, € 8,-, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Michael Lingenthal (r.), der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peru und langjähriges Gremienmitglied, besuchte mit einer Delegation aus Lateinamerika den Stand der Stiftung MITARBEIT beim 32. Evangelischen Kirchentag in Bremen. Die 15 Vertreter/innen von Nicht-Regierungsorganisationen aus acht Ländern Lateinamerikas setzen sich in ihren Ländern für eine Erneuerung und Demokratisierung der Gesellschaft ein. Hanns-Jörg Sippel (l.), Geschäftsführer der Stiftung MITARBEIT, erläuterte im Gespräch die Arbeit der Stiftung und die Situation der Bürgergesellschaft in Deutschland.

Unzivile Zivilgesellschaft

Lässt sich das soziale und gesellschaftliche Engagement der radikalen Rechten und ihre weitläufige Akzeptanz in einigen Regionen der Bundesrepublik als »rechtsradikale Zivilgesellschaft« verstehen? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines ausführlichen Themenschwerpunktes, mit dem sich der Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft jüngst in zwei Ausgaben beschäftigt hat. In Kooperation mit dem Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (FNSB) beleuchten Autor/innen aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Diskussion über »rechte soziale Bewegungen« und ihre Bedeutung für die Zivilgesellschaft.

Zivilgesellschaftliche Normen wie Freiheit, Pluralität und Offenheit bieten auch jenen Akteuren und Gruppen besondere Handlungsmöglichkeiten, die zivile Normen nicht akzeptieren oder gar auf ihre Abschaffung zielen. Am Beispiel des Rechtsextremismus lässt sich seit Jahren exemplarisch beobachten, wie dessen Akteure in der Bundesrepublik nicht nur in der Sphäre der Zivilgesellschaft agieren, sondern sich auch zivilgesellschaftlicher Aktionsformen und Strategien bedienen.

Für Dierk Borstel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für

Politik- und Kommunikationswissenschaften der Universität Greifswald, ist der Trend eindeutig: der strukturelle Kern des modernen Rechtsextremismus orientiert sich an Ideen der sozialen Bewegungen. Rechtsextreme Aktivitäten sind dort besonders stark, wo ihnen »eine glaubwürdige Verbindung aus Engagement, Authentizität und Kommunikation in verschiedene gesellschaftliche Milieus hinein« gelingt. Entwickeln die demokratischen Kräfte vor Ort jedoch einen souveränen, regional angebundenen, demokratischen Gegenentwurf, fehlt den rechtsextremen Strukturen

der nötige gesellschaftliche Entwicklungsraum.

Dr. Stephan Bundschuh und Anne Broden (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung IDA) untersuchen die pädagogischen Interventionsmöglichkeiten gegen rechtsextreme Phänomene. Die »normalen« Jugendlichen müssen in ihrer egalitären Gesinnung und ihrem Widerstand gegen Rechtsextreme gestärkt und zu einer differenzierten politischen Kritik befähigt werden. Der Versuch, rechtsextrem orientierte Jugendliche aus der Szene herauszuholen, ist dort erfolgversprechend, wo die rechtsextremen Muster noch nicht verfestigt sind. Für den Alltag der Jugendarbeit bedeutet dies eine stete Gratwanderung zwischen der Anerkennung der Jugendlichen bei gleichzeitiger deutlicher Distanzierung von ihren menschenverachtenden Ideologien und Taten.

Die Newsletter-Ausgaben 6/2009 und 7/2009 zum Thema »Rechtsradikale Zivilgesellschaft« stehen unter www.buergergesellschaft.de/106787/#3885 und www.buergergesellschaft.de/106763/#3866 zum Download bereit.

Leipziger Erklärung der BAGSO

Ältere sollen stärker politisch Einfluss nehmen

»Alter leben – Verantwortung übernehmen«: Unter diesem Motto steht die Leipziger Erklärung, die die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) verabschiedet hat. Darin bekennt sich die BAGSO zur Notwendigkeit, nachhaltig angelegte Strukturen zu schaffen, in denen sich bürgerschaftliches Engagement entfalten kann. Dazu gehören vor allem Möglichkeiten der Mitgestaltung und Selbstorganisation sowie Ressourcen für Infrastruktur, Qualifizierung und Begleitung. Die Erklärung betont die wertvollen Potenziale, die mit den beruflichen und familiären Erfahrungen in das freiwillige Engagement eingebracht werden.

Die BAGSO versteht sich als Interessenvertretung der älteren Generationen in Deutschland. Über einhundert Verbände, Organisationen und Initiativen der freien Altenarbeit arbeiten unter ihrem Dach zusammen, mehr als zwölf Millionen ältere Menschen haben sich bei ihren Mitgliedern organisiert. Die Bundesarbeitsgemeinschaft ruft in ihrer Erklärung zu einer differenzierten Wahrneh-

mung der gesellschaftlichen Rollen älterer Menschen auf. Egal in welchem gesellschaftlichen Bereich: Seniorinnen und Senioren streben innerhalb ihrer (freiwilligen) Tätigkeit immer mehr nach Selbst- und Mitbestimmung. Vor diesem Hintergrund appelliert die BAGSO in ihrer Erklärung an ältere Menschen, die zahlreichen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme im parlamentarischen und vorparlamentar-

rischen Raum noch stärker als bisher zu nutzen.

Die Leipziger Erklärung betont den Wert eines »gesellschaftlichen Bündnisses von Jung und Alt«, das sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientiert. Idealerweise sollten alle politischen, wirtschaftlichen und individuellen Entscheidungen so gestaltet werden, dass sie die aktuellen Lebensbedingungen verbessern, ohne die Zukunftschancen künftiger Generationen zu beeinträchtigen. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie soziale Stabilität, kulturelle Integration, Bildung und Klimaschutz könnten nur bewältigt werden, wenn Einzelinteressen zurückgestellt werden und am Gemeinwohl orientiertes Denken und Handeln in den Vordergrund treten. Verantwortung für sich selbst und füreinander müsse zur Maxime aller Generationen und gesellschaftlicher Gruppen werden.

Die Leipziger Erklärung kann unter www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/DST_2009/BAGSO_Leipziger_Erklärung.pdf heruntergeladen werden.

Lokale Demokratie bürgernah gestalten

Untersuchungen zeigen, dass die Bürger/innen bereit sind, sich stärker in kommunale Belange einzubringen. Diese Bereitschaft findet in der kommunalpolitischen Praxis allerdings nur wenig Widerhall. Wie kann es gelingen, die lokale Demokratie für die Menschen konkret erlebbar zu machen? Welche Barrieren verhindern eine breite Beteiligung der Bürgerschaft?

Das Forum für Bürger/innenbeteiligung und kommunale Demokratie (25. bis 27. September 2009 in Rehburg-Loccum) stellt in diesem Jahr

die kommunalen Akteurinnen und Akteure in den Mittelpunkt: Wie lassen sich Bürgerschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung besser verstehen und für mehr Beteiligung gewinnen? In verschiedenen Werkstätten können die Teilnehmenden strategische Fragen der Bürger/innenbeteiligung erörtern und Lösungen entwickeln. Zudem haben sie Gelegenheit, eigene innovative Projekte und Ideen vorzustellen.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Freiwilligenagenturen zeigen Profil

Freiwilligenagenturen haben vielfältige Tätigkeitsschwerpunkte, Projektansätze und Organisationsstrukturen ausgebildet. Was macht das Profil einer Freiwilligenagentur aus? Wie kann sie sich auf dem Markt der Einrichtungen behaupten? Wie können Freiwilligenagenturen ihr Profil schärfen und sich den zukünftigen Herausforderungen in der Förderung des freiwilligen Engagements stellen?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der 14. Fachtagung (28. bis

30. Oktober 2009 in Halle an der Saale) der Stiftung MITARBEIT und der *bagfa* (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen). In zahlreichen Workshops werden erfolgreiche Konzepte und Strategien zur Profilentwicklung vorgestellt, die zeigen, wie die Arbeit mit Zielgruppen und Kooperationspartnern gezielt und wirksam gestaltet werden kann.

Workshopthemen und Gesamtprogramm auf der Website der Stiftung MITARBEIT unter www.mitarbeit.de

Erfolgreich verhandeln

Das Know-How, wie Verhandlungen erfolgreich geführt werden, ist auch im Projektalltag nützlich. Im Umgang mit Behörden, mit anderen Gruppen oder im eigenen Team stoßen Engagierte schnell auf Konflikte und Schwierigkeiten, die mit viel Verhandlungsgeschick besser bewältigt werden können.

Im Rahmen des Methodenseminars (2.–4. Oktober 2009 in Den-

kendorf bei Stuttgart) soll durch ausgewählte Fallbeispiele und durch Übungen im Rollenspiel gezeigt werden, was zu beachten ist, damit Verhandlungen konstruktiv verlaufen und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden können.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Freiwillige und Hauptamtliche

Freiwillige sind in vielen Organisationen unverzichtbar und leisten wichtige Arbeit. Die Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Freiwilligen ist dabei oft nicht reibungslos. Hohe wechselseitige Erwartungen, ungeklärte Rollen oder diffuse Rahmenbedingungen bieten vielfältige Anlässe zu Spannungen und Konflikten.

Im Mittelpunkt des Seminars (11.–12. September 2009 in Köln) stehen Konflikterfahrungen und -themen der Teilnehmenden aus

ihrem Arbeitsfeld als Hauptamtliche oder als Freiwillige. Mit Rollenspielen und Übungen werden Konfliktmuster identifiziert und Lösungswege erarbeitet.

Das Seminar richtet sich an Hauptamtliche, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten und an Freiwillige, die sich in Organisationen mit Hauptamtlichen engagieren.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Workshop

Arbeit im Verein

Immer mehr Initiativen und Projekte sind darauf angewiesen, sich rechtlich verbindliche Grundlagen und klare Organisationsstrukturen zu geben. Der Workshop (11.–13. September 2009 in Seddiner See bei Potsdam) soll Initiativen, Projekte und Non-Profit-Organisationen dabei unterstützen, die rechtlich-organisatorischen Rahmenbedingungen bei einer Vereinsgründung auf dem neuesten Stand zu gestalten und die Vereinsorganisation prozessorientiert weiterzuentwickeln. Ziel ist es,

- Kerninformationen zu den Grundlagen des Vereins-, Steuer- und (vereinsbezogenen) Arbeitsrechts zu vermitteln
- die Teilnehmer/innen bei der Ausarbeitung und Formulierung einer Satzung zu beraten
- die Phasen der Vereinsgründung in allen (vereins-, steuer- und organisationsrechtlichen) Facetten zu erarbeiten
- die Wege der internen Organisationsentwicklung in der Startphase zu diskutieren
- Hilfsmittel und Informationen zur ständigen (Selbst-)Überprüfung dieses Prozesses an die Hand zu geben.

Nähere Informationen bei Hanns-Jörg Sippel (sippel@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Telefon (0228) 6 04 24-0
Telefax (0228) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Ulrike Rietz, Klaus Steinke,
Dr. Sandra Flämig

Vorsitzende des Stiftungsrates:
Birgit Moos-Hofius

Geschäftsführer: Hanns-Jörg Sippel

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom
Bundesinnenministerium gefördert.